

WiW bekommt mehr Geld aus Gründerzentrum-Rücklage

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Gute Nachricht für den Stadtmarketingverein „Wir in Wermelskirchen“ (WiW): Zu den jährlichen 33.000 Euro Zuschuss gibt es weitere 27.000 Euro. Zu verdanken hat das WiW den Fraktionen von WNKUWG und CDU.

Beschlossen hatte die Erhöhung der Rat im Sommer zwar mit Mehrheit, doch der Kreis stoppte das Vorhaben: Dies sei eine freiwillige Leis-

KOMMENTAR

Quellen suchen

Fraktionsvorsitzender Henning Rehse ist ein Wühler. Das ist bekannt. Beißt er sich einmal fest, lässt er nicht mehr los, ehe er nicht am Ziel ist.

So war er jetzt bei der Suche nach einem alternativen Finanzierungsvorschlag für die Erhöhung des WiW-Zuschusses. Er wurde fündig und garantiert dem Stadtmarketing mehrere Jahren den fünfstelligen Zusatzbetrag.

Vielleicht sollten auch andere Politiker anfangen zu wühlen. Denn in der „Unendlichkeit“ der diversen Haushalte gibt es bestimmt auch noch Quellen, die darauf warten, angezapft zu werden.

udo.teifel
@bergische-morgenpost.de

BH
02.10.

tung, und eine Gegenfinanzierung, also Einsparungen, gab es nicht. Fraktionsvorsitzender Henning Rehse ließ nicht locker, machte sich auf den Weg zur Kreisverwaltung und bekam dort den Tipp, doch die Rücklage für das „Gründerzentrum“ Geld zu generieren. Die Rücklage ist im sechsstelligen Bereich, so dass die freiwillige Erhöhung des WiW-Zuschusses mehrere Jahre gesichert ist. „Die Verwendung“, so erläuterte Rehse, sei in Verbindung mit Wirtschaftsförderung und WiW „thematisch passend“. Er forderte die Stadtverwaltung auf, spätestens bis zur letzten Ratssitzung die entsprechende Vorlage zu fertigen, damit das Geld ausgezahlt werde.

Kritisch merkte Jochen Bilstein (SPD) an, dass WiW eine „klare Darstellung der Gegenleistung“ erbringen müsse. Deshalb habe seine Fraktion dem Antrag bislang nicht zugestimmt. WiW solle aber nicht zum Spielball werden, meinte der Sozialdemokrat. Er empfahl aber allen Politikern, „tief in den Haushalt einzutreten, damit wir vielleicht noch weitere Mittel finden“.

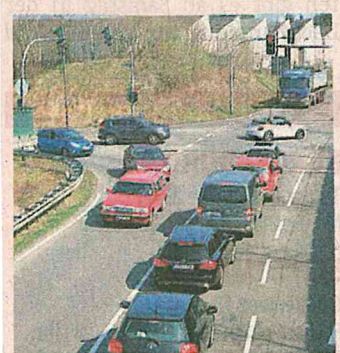
Der Antrag, bis zur letzten Ratssitzung 2015 einen Antrag für die Auszahlung der Mittel vorzubereiten, wurde mit Mehrheit angenommen. Die SPD enthielt sich geschlossen, einzelne Vertreter der Grünen, des Bürgerforums und der FDP enthielten sich ebenfalls.

WNK UWG setzt sich für Stadttaubenhaus ein



Tauben sollen ein Haus bekommen, wünscht sich die WNK UWG. Foto: Schmitz

Die Tauben in der Stadt sollen ein Dach über dem Kopf bekommen. Die Fraktion der WNK UWG beantragt für den zuständigen Fachausschuss und den Stadtrat, dass in Wermelskirchen ein Taubenhaus aufgestellt wird. Damit könne den Verunreinigungen durch die Tauben Einhalt geboten werden. Für ein solches Taubenhaus würden Sven Schulte, Sprecher der Erbgemeinschaft Schulte, und seine Mutter kostenfrei ein ehemaliges Gartenhaus auf dem Rhombus-Gelände zur Verfügung stellen. Die Betreuung der Tiere würde der Tierschutzverein übernehmen, heißt es in dem Antrag der Fraktion. *ma*



Staus auf der Dellmannstraße.

Foto: Thomas Wintgen

WNK UWG fragt nach ^{W&A} Ampelschaltung ^{6.10.}

Die Verbesserung der Ampelschaltung auf der Dellmannstraße treibt die WNK-UWG-Fraktion um. Sie erinnert daran, dass diese Frage bereits im Mai Thema im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr gewesen ist. Damals habe ein Ingenieurbüro die Schwächen und Mängel der Anlagen aufgezeigt. In der bevorstehenden Sitzung des Ausschusses am 26. Oktober will die Fraktion wissen, ob und in welcher Form der zuständige Landesbetrieb Straßen NRW bereits aktiv geworden ist. *red*

NACHRICHTEN

WNK UWG will neue ^{W&A} Kontaktschleifen ^{20.10.}

Die WNK UWG reagiert auf den Unfall auf der Dellmannstraße am Sonntagabend und fragt, ob bei der Erneuerung der Fahrbahndecke die Kontaktschleifen der Ampeln in Mitleidenschaft gezogen und deshalb erneuert wurden. Auch will die Fraktion wissen, ob die Schleifen auf Zweiradfahrer reagieren. Außerdem regt die Wählergemeinschaft an, Rechtsabbieger aus der Thomas-Mann-, Wolfhagener, Durchstich Eich, Burger, und Grünestraße über den grünen Pfeil zu steuern. *red*

Plan: Taubenhaus an der B 51 auf dem Rhombus-Gelände

WERMELSKIRCHEN (ser) Nach Vorbild-Projekten in Wuppertal, Wesel und Oberhausen soll auch in Wermelskirchen zunächst einmal ein Taubenhaus errichtet werden. Einen entsprechenden Antrag der WNKUWG-Fraktion sollen Fachausschuss und Stadtrat beschließen. Vielen Bürgern ist vor allem der Taubenkot auf den Gehwegen und Plätzen ein Dorn im Auge. Durch ein Taubenhaus sollen die Tauben aus der Innenstadt gelockt werden. Das Problem sind nicht die wilden Tauben, sondern freigelassene Tauben – oftmals Brieftauben, die nicht den Weg in ihren Heimatschlag gefunden hätten. Während sich wilde Tauben nur einmal im Jahr paaren, sind Brieftauben so gezüchtet, dass sie ganzjährig brüten.

„Plan ist, eine ausreichende Anzahl von Taubenschlägen an Standorten zu bauen, die stark von Tauben frequentiert werden“, heißt es im WNKUWG-Antrag. Die Versorgung der Tauben erfolge mit artgerechtem Körnerfutter und frischem Wasser. „Die Vögel halten sich etwa 80 Prozent des Tages im Schlag auf. Sie paaren sich und brüten auf ihren Eiern – diese werden regelmäßig durch Attrappen ersetzt, ohne dass es die Tiere merken.“ Dadurch gebe es keine hungrigen Tauben auf den Straßen, keine beschmutzten Gebäude und Autos und keine hässlichen Abwehrmaßnahmen, die das Stadtbild stören, heißt es im Antrag.

Für das erste Taubenhaus in Wermelskirchen würden Sven Schulte (Sprecher der Erbgemeinschaft) und dessen Mutter das ehemalige Gärtnerhaus auf dem Rhombus-Gelände kostenfrei zur Verfügung stellen. Es müsste mit geringen Kosten als Taubenschlag fachgerecht umgebaut werden. „Der Standort ist innenstadtnah, aber dennoch so weit entfernt, dass die Tauben aus dem Stadtbild mit der Zeit entfernt werden“, teilt die WNKUWG mit.

Lob und Kritik zur Flüchtlingslage

WERMELSKIRCHEN (BM) Die Flüchtlingssituation beschäftigt zurzeit viele Wermelskirchener – auch Vertreter der WNKUWG und der Freien Wähler melden sich in einer gemeinsamen Stellungnahme zu Wort. Wer sich weigere, die ankommenden Menschen freundlich zu begrüßen und menschenwürdig unterzubringen, habe das Grundgesetz nicht verstanden. „Die Würde des Menschen ist unantastbar! Wer dies nicht respektiert, darf sich nicht wundern, wenn er sich in einer rechten politischen Ecke wiederfindet“, heißt es in der Stellungnahme. Es müssten bei dem Thema zwei Ebenen unterschieden werden: die vorbildliche Arbeit vor Ort und die internationale und nationale Ebene, „die in höchstem Maße kritikwürdig ist“.

Die Bürger hätten, so meinen die politischen Vertreter, das Recht, diese Kritik zu äußern, ohne damit in die rechte politische Ecke gerückt zu werden. „Es ist das Recht, kritisch zu hinterfragen, ob Entscheidungen von Angela Merkel auf Bundesebene unter quantitativen und qualitativen Aspekten richtig oder falsch sind.“ 70 bis 90 Prozent der aktuellen Flüchtlingszahlen laufen, so meinen die Politiker, „vollständig am Grundgesetz vorbei“. Die EU müsse der Gesamtsituation Herr werden. „Es ist ein beispielloser Vorgang, der thematisiert werden muss, wenn einer der höchsten Vertreter im Staat das Grundgesetz missachtet, europäische Verträge einseitig bricht, Einreisebestimmungen außer Kraft setzt – und dies ohne Beteiligung der verfassungsmäßigen Gremien wie Regierung und Parlament und ohne Beteiligung der Bevölkerung“, heißt es in der Stellungnahme.

Viel Lob für Flüchtlingshilfe

WNK UWG würdigt Arbeit der Ehrenamtlichen und der Verwaltung.

Von Andriana Sakareli

Die WNK UWG würdigt in einer Erklärung das Engagement der Initiative „Willkommen in Wermelskirchen“, der vielen Ehrenamtlichen, der Hilfsorganisation sowie der Mitarbeiter der Verwaltung. Dies könne nicht genug unterstützt werden, heißt es darin. Auch die Unterschriftenaktion „Willkommen und gute Nachbarschaft“ sei zu begrüßen. „Wer sich weigert, in Tat und Wort, die hier ankommenden Menschen freundlich zu begrüßen und menschenwürdig unterzubringen, hat unser Grundgesetz nicht verstanden.“

In der Stadt agieren alle vorbildlich, auf Bundesebene läuft einiges schief

Es müssten allerdings zwei Ebenen unterschieden werden: Die lokale Ebene, wo alle in Wermelskirchen vorbildlich agieren und hervorragende Arbeit abliefern; auf der anderen Seite jedoch die internationale und nationale Ebene, die in höchstem Maße kritikwürdig sei. Allein der Mentalität „Alles wird gut“ zu folgen, werde zu einem fatalen Ergebnis führen, schreibt die Wählergemeinschaft. Die Bürger hätten das Recht, Kritik



In der Sporthalle Schubertstraße befindet sich die Erstaufnahmestation. Helfer haben in der Vergangenheit dort Feldbetten abgeladen. Foto: Michael Sieber

zu äußern, ohne damit in die rechte Ecke gerückt zu werden.

Es sei das Recht der Bürger, kritisch zu hinterfragen, ob teilweise sehr einsame Entscheidungen der Bundeskanzlerin auf Bundesebene unter quantitativen und qualitativen Aspekten richtig oder falsch seien. In Bezug auf den qualitativen Aspekt

des Themas lohne der Blick ins Grundgesetz. In Artikel 16a, Absatz 1 und 2 ist geregelt, wer Asyl beantragen darf. In der Erklärung heißt es dazu: „Wer diese Absätze liest, wird sehr schnell zu der Erkenntnis gelangen, dass 70 bis 90 Prozent der aktuellen Flüchtlingszahlen vollständig am Grundgesetz vorbeilaufen.“